

## **Konsequentes Eintreten für den Klimaschutz – auch bei den städtischen Finanzanlagen!**

Beschluss vom 23.05.2016, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig fordern ein konsequentes Eintreten für den Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Bezüglich der städtischen Finanzanlagen muss dies auch bedeuten, Investitionen aus fossilen Energieressourcen abzuziehen (sogenanntes Divestment). Damit würde Leipzig dem Beispiel Münsters und ca. 50 anderen Städten weltweit folgen. Als „Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ des European Energy Awards (1) steht die Stadt in der Pflicht, auch bei ihren Finanzanlagen nachhaltig und ethisch vertretbar zu agieren.

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbands BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig beauftragt deshalb die bündnisgrüne Stadtratsfraktion, einen Antrag mit folgenden Intentionen in die Stadtverwaltung und/oder die Ratsversammlung einzubringen:

Allgemein sind unter Finanzanlagen Investments bzw. Aktien, Mischfonds, Unternehmensanleihen etc. zu verstehen.

Das Finanzdezernat der Stadt Leipzig soll offenlegen, nach welchen Richtlinien die Stadt ihre Finanzanlagen auswählt, unter Benennung der zugrunde gelegten Anlagengrundsätze. Des Weiteren soll das Finanzdezernat gesondert mitteilen, ob diese Richtlinien auch den Verzicht auf die Investition in Unternehmen des fossilen Brennstoffsektors beinhalten.

Eine detaillierte Übersicht über die aktuellen Investments der Stadt, ihrer Beteiligungen und Konzerntöchter, soll im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten veröffentlicht werden. Das heißt auch zu benennen, was und wer sich in diesen Finanzanlagen befindet.

Grundsätzliches Anliegen des Antrags an das Finanzdezernat soll es sein, in oben genannten Punkten Transparenz bei den Finanzanlagen unserer Kommune für jede(n) Leipziger\*in herzustellen.

Die mögliche Antwort zu Punkt 1 durch das Finanzdezernat der Stadt Leipzig könnte sein, dass die Kommune auch in Zukunft erwägt, sich durch eigene Finanzanlagen/Finanzrücklagen/Pensionsfonds an Unternehmen zu beteiligen, die dem fossilen Brennstoffsektor

angehören oder mit diesem verbunden sind. Um eine zukünftige Finanzbeteiligung (Anlagen, Rücklagen, Pensionsfonds) am fossilen Brennstoff- und Atom-Sektor zu vermeiden, soll das Finanzdezernat beauftragt werden, der Ratsversammlung eine Vorlage über eine örtliche Anlagerichtlinie nach Divestmentkriterien für alle kommunalen Finanzrücklagen/Pensionsfonds zur Entscheidung vorzulegen. Soweit rechtlich zulässig, sollen diese Divestmentrichtlinien dann auch in städtischen Beteiligungen und Konzerntöchtern Einzug halten.

Nach Aussage der Stadt Leipzig steht in der Gegenwart nur ein Spezialfonds bei der Union Investment mit einem Kapitalvolumen von ca. vier Millionen Euro im Fokus. Dieser Fonds investiert in Unternehmen der Energie- und Grundstoffindustrie. Gemessen am Gesamtvolumen der langfristigen kommunalen Finanzanlagen (insgesamt 103,5 Mio. EUR= 95,8 Mio. EUR Spezialfonds und 7,7 Mio. EUR Festgeldanlage) macht dies aktuell einen Anteil von 3,86 % aus. (2)

Die Stadtratsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Leipzig aus diesem heute bestehenden Spezialfonds deinvestiert und in nachhaltige Fonds investiert.

Die Stadtratsfraktion soll künftig in der Ratsversammlung und in der Stadtverwaltung an einem mehrheitsfähigen Konsens für nachfolgende, zukünftig geltende Anlagegrundsätze arbeiten:

- Bei Anlagen soll auf ein angemessenes Verhältnis aus Ertrag und Sicherheit geachtet werden, wobei die Sicherheit die höhere Priorität innehat. Bei der Auswahl der Anlageformen muss die Verpflichtung zur Sicherstellung der Liquidität ausreichend beachtet werden.
- Für alle Anlagen, durch welche die Stadt Leipzig eine (Mit-)Eigentümerposition an Unternehmen erwirbt, muss der Grundsatz der Nachhaltigkeit der Brundtland Kommission (3) eingehalten werden.
- Ableitend aus den vorher dargestellten Grundsätzen werden folgende Klimaschutzstandards gefordert: Die Stadt Leipzig und die von ihr gezeichneten Spezialfonds werden zukünftig keine Beteiligungen mehr an Unternehmen halten,
- die auf Atomkraft oder nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen,

- die Schiefergasgewinnung ("Fracking") betreiben.

Stattdessen soll die Stadt Leipzig vermehrt in zukunftsfähige, vorzugsweise regionale Anlagen und Unternehmen investieren, beispielsweise zur regenerativen Energieerzeugung.

Die Stadtratsfraktion wird beauftragt zu den unter Punkt 4 genannten Aspekten parallel mit der Stadtverwaltung nach Anlageformen zu suchen, die noch weitergehende ethische Grundsätze verfolgen. Solche wären der Ausschluss von Beteiligungen an Firmen,

- die Kinderarbeit zulassen,
- die Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
- die Tierversuche bei Kosmetika durchführen,
- denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind oder
- die Lebensmittel-/Agrarlandspekulationen betreiben.